

Haushaltssicherung (Verwaltungskonzept)

- Aufgrund der Erkenntnis gegen Ende des Jahres 2009, dass ein HSK für die Stadt unumgänglich sein wird, wurde vom Bürgermeister und Kämmerer Prozess Haushaltssicherung begonnen.
- Alle Fachbereiche der Verwaltung wurden anhand von Einsparvorgaben aufgerufen Konsolidierungsvorschläge zu erarbeiten mit folgenden **Zielsetzungen**
 - a. HSK soll genehmigungsfähig sein
 - b. Alle Bereiche der Verwaltung und alle Beteiligungen werden einbezogen; es gibt keine Tabus
 - c. Bad Oeynhausen als kinder- und familienfreundliche Stadt soll erhalten bleiben
 - d. Vorhandene Strukturen und Einrichtungen sollen, soweit möglich erhalten bleiben
- Bereits beim Projektstart war die Wahrscheinlichkeit, das Ziel nicht zu erreichen wesentlich größer, als die gravierende strukturelle Unterdeckung schließen zu können.
- Dieses Paket beinhaltet sowohl Aufwandsreduzierungen bei den Sach- und Personalaufwendungen wie auch Ertragsteigerungen über Steuern und Gebühren.
- Es wurde kein Bereich ausgelassen; Es liegen insgesamt rd. **140 konkrete Konsolidierungsvorschläge** und zusätzlich rd. **30** sog. Prüfaufträge vor.
- Der Umfang des **Konsolidierungspaketes** der Verwaltung beträgt rd. **6 Mio. EUR jährlich** im letzten Jahr des Konsolidierungszeitraums (2014). Hinzu kommen können noch die Ergebnisse aus den **Prüfaufträgen**. Das Potential beträgt hier, sofern es schon beziffert werden konnte bei rd. 1,1 Mio. EUR.
- Die Infrastruktur für Kinder und Familien wurde beibehalten, aber auch hier mussten Einschnitte vorgenommen werden. Unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen kann allerdings noch immer von einem kinder- und familienfreundlichen Bad Oeynhausen gesprochen werden.
- **Steuererhöhungen:** Wie vom Innenministerium NRW für Kommunen in der finanziellen Situation der Stadt gefordert, wird es notwendig sein sämtliche Steuern auf das Niveau anderer Kommunen in der Größenordnung Bad Oeynhausens anzuheben. Mehreinnahmen: rd. 940 TEUR
- Der notwendige Betrag zur Konsolidierung kann nur erreicht werden, wenn es auch gelingt deutlich die **Personalaufwendungen** zu reduzieren. Da in den vergangenen Jahren bereits aufgrund der Notwendigkeiten zur Haushaltskonsolidierung kontinuierlich Stellen abgebaut worden sind, wird ein weiterer Stellenabbau in vielen Fällen nur einhergehen können mit einer Leistungs- bzw. Qualitätseinschränkung. Die Vorschläge umfassen die **Reduzierung von rd. 40 Stellen**. Wir werden dabei natürlich die rechtliche Stellung der

Mitarbeiter im öffentlichen Dienst wahren. Der Abbau wird auf der Grundlage der natürlichen Fluktuation (Altersteilzeit, Erreichen der Altersgrenze, Auslaufen von Zeitverträgen) erfolgen. Beide Größen halten sich hier in etwa die Waage, so dass wir vor dem Hintergrund der Umsetzung bis zum Jahr 2014 davon ausgehen, die Ziele auch erreichen zu können.

- Die personellen Maßnahmen werden nur realisierbar sein, wenn zukünftig nur noch in sehr begründeten Ausnahmefällen (wenn die Qualität des benötigten Personals weder vorhanden ist, noch durch Fortbildung erreicht werden kann) externe Besetzungen stattfinden werden. Ansonsten sind freie Stellen intern zu besetzen.
- Wir selbst erachten die notwendigen **Einschnitte** an einigen Stellen als **schmerzlich**. Sie sind jedoch im Gesamtgefüge abgewogen und angesichts der Größe des Defizits auch erforderlich.
- Die Vorschläge werden Eingang finden in das Haushaltssicherungskonzept, welches gemeinsam mit dem Haushalt in der **Sitzung des Rates am 28.04.2010** eingebracht wird.
- Eine **Entscheidung** über die tatsächlichen Inhalte des Haushaltssicherungskonzeptes genau wie des Haushaltes sind jedoch **vom Rat zu treffen**.
- Zusätzlich bleibt die Stellungnahme der **Aufsichtsbehörde** abzuwarten

Auswahl wichtiger Einzelvorschläge (ohne interne personelle Maßnahmen):

Fachbereich 1 (Finanzen und Zentrale Dienste)

- Die Konsolidierung wird auch bei den städtischen Töchtern erfolgen müssen, die in den Prozess einbezogen worden sind.
- Die Inanspruchnahme orientiert sich an Größe und Finanzverbindung zur Stadt (insges. über 700 TEUR)

Fachbereich 2 (Stadtentwicklung und Bauen)

- Reduzierung externer Planungsaufträge
- Stelle Projektbegleitung A 30n –Nordumgehung
- Wegfall der Baumschutzsatzung
- Gemeindeanteil für die Straßenreinigung wird von SBO übernommen
- Reduzierung der Straßenbeleuchtung auf Minimum
- Projekt „Fahrradfreundliches Bad Oeynhausen“ einstellen
- "Freie Parken in der Innenstadt" reduzieren auf "Brötchentaste" 15min frei
- Reduzierung bzw. Verzicht auf bislang angemietete oder angepachtete Flächen
- Neuorganisation des Reinigungsdienstes
- Umorganisation der Hausmeisterdienste an Schulen
- Prüfauftrag „kritische Prüfung des Gebäudebestandes“

Fachbereich 3 (Sicherheit, Ordnung und Kultur)

- Verringerung der Öffnungszeiten Bürgerbüro (Personaleinsparung)
- Prüfaufträge: Bürgerhäuser und Bedürfnisanstalten
- Schließung des Märchenmuseums sowie Prüfung der Bewirtschaftung durch Dritte des Heimatmuseums
- Konsolidierung der Feuerwehr nur auf Grundlage des neuen Brandschutzbedarfsplanes (Prüfauftrag)
- Zusammenfassung Leitung Leiter des Stadtarchivs wird auch Leiter der Stadtbücherei
- Nichtweiterführung von MoMo ab 07/2010
- Umstrukturierung Musikschule (Verkleinerung, mehr Honorarkräfte)
- Schließung des Bürgerfunkstudios
- Aufwandsreduzierung beim Begegnungszentrum Druckerei

Im Ergebnis bleiben: **Musikschule, VHS, Stadtbibliothek, Archiv und Theater erhalten!**

Fachbereich 4 (Jugend, Soziales und Schulen)

- Zuschuss für Wanderfahrten und Ausflüge
- Keine Übernahme des Elternanteils zur Lernmittelfreiheit; soziale Komponente wird berücksichtigt
- Verringerung des Zuschusses für Schulpartnerschaften
- Einstellen des Deutschförderunterrichts
- Beitragserhöhung Elternbeiträge für OGS
- Einstellen der Zahlungen für die Mahlzeiten in der „über Mittagsbetreuung“
- Schließung der Lehrschwimmbecken ab 07/2011
- Kündigung des Vertrages Schulsozialarbeit
- Kündigung des Vertrages bzgl. Jugendzentrum Nord
- Erhöhung der Elternbeiträge Kindergärten in 2011 und in 2013 auf das vom Landesgesetzgeber vorgesehene Anteil von 19 %
- (Prüfauftrag): Anzahl der Kinderspielplätze
- (Prüfauftrag): Anzahl der Sportplätze
- Schließung der Sporthallen während der Ferien
- Übernahme von 75% der Stromkosten in den Sportlerheimen durch die Sportvereine
- Schrittweise Reduzierung des Zuschuss für den Betrieb des Freibades Lohe an den Förderverein
- Öffnung des Freibades am Siel für die Öffentlichkeit erst ab 12.00 Uhr und Reduzierung der Wassertemperatur Freibad
- Keine Überschneidungen der Öffnungszeiten von Hallenbad und Freibäder
- Erhöhung der Elternbeiträge in 2011 und 2013 für Tagespflege (parallel zu Erhöhung der Elternbeiträge Kindergärten)
- Abgabe beider Container an der Mindener Straße

Stabsbereich 1 (Büro des Bürgermeisters)

- Verkleinerung des Rates von 44 auf 38 Mitglieder
- Anpassung der Ausschussstruktur an Verwaltungsstruktur
- Wegfall 3. stellv. Bürgermeister
- Zurückfahren der Zuschüsse an die Fraktionen
- Wirtschaftsförderung: Zuschüsse für An- und Umsiedlungen